

Senator spielt Schwarzer Peter

Knapp 80 schulpflichtige Kinder aus Hamburg abgeschoben

Auf dem Gewerkschaftstag am 25.4.2016 wollte ich von Schulsenator Rabe wissen, was er dazu sagt, dass in diesem Jahr bereits 79 schulpflichtige Kinder in Hamburg einfach aus der Schule verschwunden sind und in ihr Herkunftsland abgeschoben wurden. Es handelt sich dabei größtenteils um Kinder von Romafamilien bzw. Familien aus den so genannten sicheren Herkunftsländern.

Ich erwähnte, dass ich weiß, dass z.B. in die Flüchtlingsunterkunft Billstieg unangekündigt nachts gegen 4 Uhr die Polizei kommt. Die Familien werden aus dem Schlaf gerissen, ihnen bleibt nur wenig Zeit, um die notwendigsten Sachen in die auf 20kg pro Person begrenzten Taschen zu packen.

Eine Mutter erzählte mir später, dass sie in der Wohnung herumliefe und gar nicht wusste, was sie einpacken sollte und was nicht und als sie im Bus bemerkte, dass sie gar nicht die richtige Babynahrung mitgenommen hatte und in der Nähe eines Geschäfts war, aussteigen zu dürfen, wurde ihr das von dem mitfahrenden Beamten verboten. Ihre Mobiltelefone waren ihnen noch in der Wohnung abgenommen worden; erst aus dem Wartebereich im Flughafen Hannover konnte sie mir auf ihrem Handy antworten.

„Freiwillige Ausreise“

In seiner Antwort teilte Senator Rabe mit, dass er sich nach den empörten Briefen, die er von Schulen nach dem plötzlichen Wegbleiben von Mitschüler_innen erhalten habe, bei der Zentralen Ausländerbehörde erkundigt habe. Die hätte ihm erklärt, alle Familien hätten den Hinweis auf

eine mögliche so genannte freiwillige Ausreise erhalten. Damit war für ihn das Problem erledigt. Der Schwarze Peter ging an die betroffenen Familien.

Ich will hier darauf verzichten aufzuzählen, in was für minderheitenfeindliche Bedingungen Roma nicht „freiwillig“ zurückkehren wollen und dass die Situation der Roma asylrechtlich anders bewertet werden muss. Das ist bekannt!

Der Vater einer der Familien, die im September 2015 kurzfristig die Michelkirche besetzt hatten und die jetzt laut Artikel des HA vom 18.4.2016 „... vor der Abschiebung“ stehen, sagte mir, dass zu den bekannten schlechten Bedingungen in seinem Heimatland eine neu hinzu gekom-

Alle Familien sollen den Hinweis auf eine mögliche so genannte freiwillige Ausreise erhalten haben

men sei. Er habe dort mit der Verfolgung durch die Behörden zu rechnen. Er und die anderen Familien haben sich öffentlich für ihr Bleiberecht in Hamburg eingesetzt, zu Demonstrationen aufgerufen, einen Verein gegründet.

Ich kenne den Vater einer Familie, die vor einigen Jahren "freiwillig" in ihr Herkunftsland zurückgegangen ist. Er bekam dort plötzlich Besuch von zwei Polizeibeamten, die ihn mit zur Polizeistation nahmen. Dort warfen sie ihm Verleumdung der Regierung vor, weil er öffentlich über Missstände berichtet hatte, sie legten ihm Zeitungsartikel vor und beschuldigten ihn.

Eine „freiwillige“ Ausrei-

se wurde von den Betroffenen oft gewählt, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft waren, denn Abschiebung bedeutet, für den Flug bezahlen zu müssen und mit einer Einreisesperre belegt zu werden.

Seit am 17.3.2016 das Asylpaket II verabschiedet wurde, haben sich die Bedingungen für Menschen aus so genannten sicheren Herkunftsländern noch einmal verschärft.

Bisher wurde der Termin der Abschiebung schriftlich mitgeteilt. Oft hatten die Familien für ihr Aufenthaltsrecht geklagt und wenn sie vor Gericht verloren, waren sie von heute auf morgen von der Abschiebung bedroht; aber sie bekamen Bescheid. Das war schrecklich – und sie konnten sich darauf vorbereiten. Ich selber habe erlebt, wie sich z.B. die Kinder von ihren Mitschüler_innen und Lehrer_innen verabschiedeten, Adressen austauschten.

Ausweg Petition

Für eine Familie, in der die Frau ein Kind erwartete, habe ich eine Petition gestellt. Ich war zufällig in der Nebenwohnung, als der Bescheid für die Abschiebung am nächsten Morgen kam. Eine Petition bietet einen Schutz vor Abschiebung. Auf seiner nächsten Sitzung erkannte der Petitionsausschuss die Gründe der Familie für eine weiter bestehende Duldung an. Die Mutter brachte ihr Kind in Hamburg zur Welt.

Doch mit dem Asylpaket II wurde die gesetzlich vorgeschriebene Ankündigung von Abschiebungen abgeschafft. Über 80 Hamburger Anwalt_innen und Mediziner_innen haben am 18.2.16 auf dem Rathaus-